

Mittwoch, 17. Juni 2026

Vormittag

Vorsitz: Standespräsidentin Valérie Favre Accola / Standesvizepräsident Fabio Luzio
Protokoll: Laura Beeli
Präsenz: anwesend: 120 Mitglieder
entschuldigt: –
Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

1. Nachtragskredite

Präsidentin der
Geschäftsprüfungskommission:
Regierungsvertretung:

Nicolay
Bühler, Maissen, Peyer, Parolini, Caduff

Antrag GPK

Von den Orientierungslisten der GPK über die genehmigten Nachtragskreditgesuche zum Budget 2026 Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Der Grosse Rat nimmt von den Orientierungslisten der GPK über die genehmigten Nachtragskredite, 1. bis 3. Serie zum Budget 2026, Kenntnis.

2. Wahl Regierungspräsidium und Regierungsvizepräsidium für 2027

<i>Regierungspräsidium</i>	Bei 116 abgegebenen und 99 gültigen Wahlzetteln, 99 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 50, wird Regierungsrätin Carmelia Maissen mit 99 Stimmen als Regierungspräsidentin 2027 gewählt. Einzelne: 0 Stimmen
<i>Regierungsvizepräsidium</i>	Bei 119 abgegebenen und 110 gültigen Wahlzetteln, 110 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 56, wird Regierungsrat Peter Peyer mit 110 Stimmen als Regierungsvizepräsident 2027 gewählt. Einzelne: 0 Stimmen

3. Auftrag Derungs betreffend Stopp der Aussetzung von Grossraubtieren in Graubünden (Fortsetzung)

Erstunterzeichner: Derungs
Regierungsvertreterin: Maissen

1. Abstimmung

In Gegenüberstellung des Antrags Derungs und des Antrags der Regierung obsiegt der Antrag der Regierung mit 70 zu 41 Stimmen bei 1 Enthaltung.

2. Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags der Regierung mit 89 zu 25 Stimmen bei 1 Enthaltungen.

4. Fraktionsauftrag SVP betreffend Einschränkung der geplanten Grossraubtieransiedlung (Erstunterzeichner Rauch)

Zweitunterzeichnerin: Menghini-Inauen
Regierungsvertreterin: Maissen

Antrag Rauch

Die SVP beauftragt die Regierung:

1. Auf die Ansiedlung weiterer Grossraubtiere in Graubünden wird verzichtet, sobald eine Zunahme an Schäden für die Landwirtschaft, Bevölkerung und Tourismus nicht ausgeschlossen sowie die gesellschaftliche und politische Akzeptanz nicht systematisch und transparent erhoben werden können.
2. Im konkreten Fall der Ansiedlung der Luchse in der Surselva soll beim BAFU eine Neubewertung der Bewilligung verlangt werden, falls die Kriterien der gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz nicht nachgewiesen werden können.
3. Langfristig ist in Graubünden eine Grossraubtierdichte im unteren schweizerischen Mittel anzustreben.

Antrag Regierung

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat, den Auftrag betreffend die Punkte 1 und 3 zu überweisen und als erledigt abzuschreiben sowie betreffend Punkt 2 abzulehnen.

Die Zweitunterzeichnerin hält am Auftrag in der ursprünglichen Fassung fest.

1. Abstimmung

In Gegenüberstellung des Antrags Rauch und des Antrags der Regierung obsiegt der Antrag der Regierung mit 73 zu 37 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

2. Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags der Regierung mit 73 zu 38 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Ordnungsantrag SVP (Koch)

Den Fraktionsauftrag SVP betreffend Standesinitiative für Ständemehr (Erstunterzeichner Koch) heute direkt nach der Mittagspause zu behandeln.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Ordnungsantrag SVP (Koch) mit 83 zu 26 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

5. Anfrage Brunold betreffend touristische Erschliessung der Ruinaulta

Erstunterzeichner: Brunold
Regierungsvertreterin: Maissen

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

6. Interpellanza Righetti concernente le prospettive cantonali nella prevenzione e nella gestione delle catastrofi naturali

Prima firmataria: Righetti
Rappresentante del Governo: Maissen

Spiegazione

L'interpellante si dichiara soddisfatta della risposta del Governo.

7. Auftrag von Ballmoos betreffend neues Beschulungskonzept für Flüchtlingskinder

Erstunterzeichner: von Ballmoos
Regierungsvertreter: Peyer

Antrag von Ballmoos

Die Regierung wird beauftragt, das Bündner Konzept zur Unterbringung und Beschulung von schulpflichtigen Kindern aus dem Asylbereich anderen Konzepten gegenüberzustellen und ein neues Konzept zu erarbeiten. Dieses soll eine übermässige Belastung von einzelnen Schulträgern mit schulpflichtigen Kindern aus dem Asylbereich verhindern und sicherstellen, dass die Kinder möglichst schnell, aber spätestens nach einem Jahr, in einer öffentlichen Schule mit der lokalen Schulsprache unterrichtet werden und dass die Schulträger für den Mehraufwand angemessen entschädigt werden. Gegebenenfalls sind dem Grossen Rat die dafür notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten.

Antrag Regierung

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat, den Auftrag abzulehnen.

Der Erstunterzeichner zieht den Auftrag zurück.

8. Anfrage Krättli betreffend regionale Alarmierung via «Cell Broadcast»

Erstunterzeichner: Krättli
Regierungsvertreter: Peyer

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

9. Anfrage Metzger betreffend öffentliche Ausschreibungen für die Justizvollzugsanstalt Cazis Tignez und das Amt für Justizvollzug

Erstunterzeichner: Metzger
Regierungsvertreter: Peyer

Antrag Metzger
Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

10. Anfrage Rutishauser betreffend Anstellung pflegender Angehöriger

Erstunterzeichnerin: Rutishauser
Regierungsvertreter: Peyer

Erklärung

Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

11. Fraktionsanfrage Mitte betreffend Entlastung des Mittelstands bei den Krankenkassenprämien (Erstunterzeichner Collenberg)

Erstunterzeichner: Collenberg
Regierungsvertreter: Peyer

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

12. Fraktionsanfrage SP betreffend Steuerungsmöglichkeiten des Kantons bei den Regionalspitälern (Erstunterzeichnerin Müller)

Erstunterzeichnerin: Müller
Regierungsvertreter: Peyer

Erklärung

Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

13. Fraktionsanfrage SVP betreffend Ausschaffungspraxis und Anwendung der Härtefallklausel im Kanton Graubünden (Erstunterzeichner Morf)

Erstunterzeichner: Morf
Regierungsvertreter: Peyer

Antrag Baselgia
Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

14. Anfrage Das betreffend Entlastung des Pflegepersonals in Langzeitinstitutionen

Erstunterzeichner: Das
Regierungsvertreter: Peyer

Erklärung

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:
Die Standespräsidentin: Valérie Favre Accola
Die Protokollführerin: Laura Beeli